

Kein Grund zum Jubeln

Über die Kehrseiten der deutschen Wirtschaftserfolge. Seite 9

Grafik: fotolia/mibPhoto [M]

Ein Grund zum Protestieren

Frauentagsdemonstrationen in Berlin, Nürnberg und anderswo. Seite 11

Solidarität ist rund

Rot-Weiß Erfurt lädt Flüchtlinge zum Fußballgucken ein. Seite 18

Foto: Sylvio Hoffmann

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Montag, 9. März 2015

70. Jahrgang/Nr. 57

Bundesausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Drei Prioritäten

Tom Strohschneider über den Kurs von SYRIZA und deutsche Echos

Griechenlands Finanzminister hat drei Prioritäten der SYRIZA-Regierung bekräftigt. Angesichts neuer Spekulationen über Zahlungsengepässe verwies Yanis Varoufakis erstens darauf, dass man Renten und Gehälter bezahlen könne – »für den Rest«, damit sind vor allem Verpflichtungen aus Krediten gemeint, werde man sehen. Menschen vor Gläubiger, heißt das Motto. Varoufakis hat zweitens erklärt, dass man sich nicht auf die Streckbank eines dritten Kreditprogramms mit Kürzungsaufgaben zwängen lasse – sondern einen New Deal anstrebt, der Wachstum und sozialen Wiederaufbau ermöglicht. Motto: ökonomische Vernunft vor gescheiterter Austerität.

Athen freilich weiß, dass der neoliberale Gegenwind stark ist, vor allem wenn er aus Berlin bläst. Wohl hat man die Worte von EU-Kommissionschef Jean-Claude Juncker vernommen, der »politischere« Verhandlungen wünscht und kritisiert, es hätten »noch nicht alle« in der EU »den Ernst der Lage in Griechenland verstanden« – eine Kritik an der Bundesregierung. Doch deren hegemoniale Rolle in der Krisenpolitik ist bisher ungebrochen.

Also hat Varoufakis eine dritte Priorität ausgesprochen: Wenn SYRIZA im Konflikt mit den europäischen Gläubigern nicht auf dem Weg vorankommt, für den man auch ein Mandat der Wähler hat, dann sind Neuwahlen oder ein Referendum möglich. Hierzulande ist das als »Drohung« bezeichnet worden. In Wahrheit hat Varoufakis nur markiert, was den Unterschied zur marktkonformen Demokratie ausmacht: Demokratie.

UNTEN LINKS

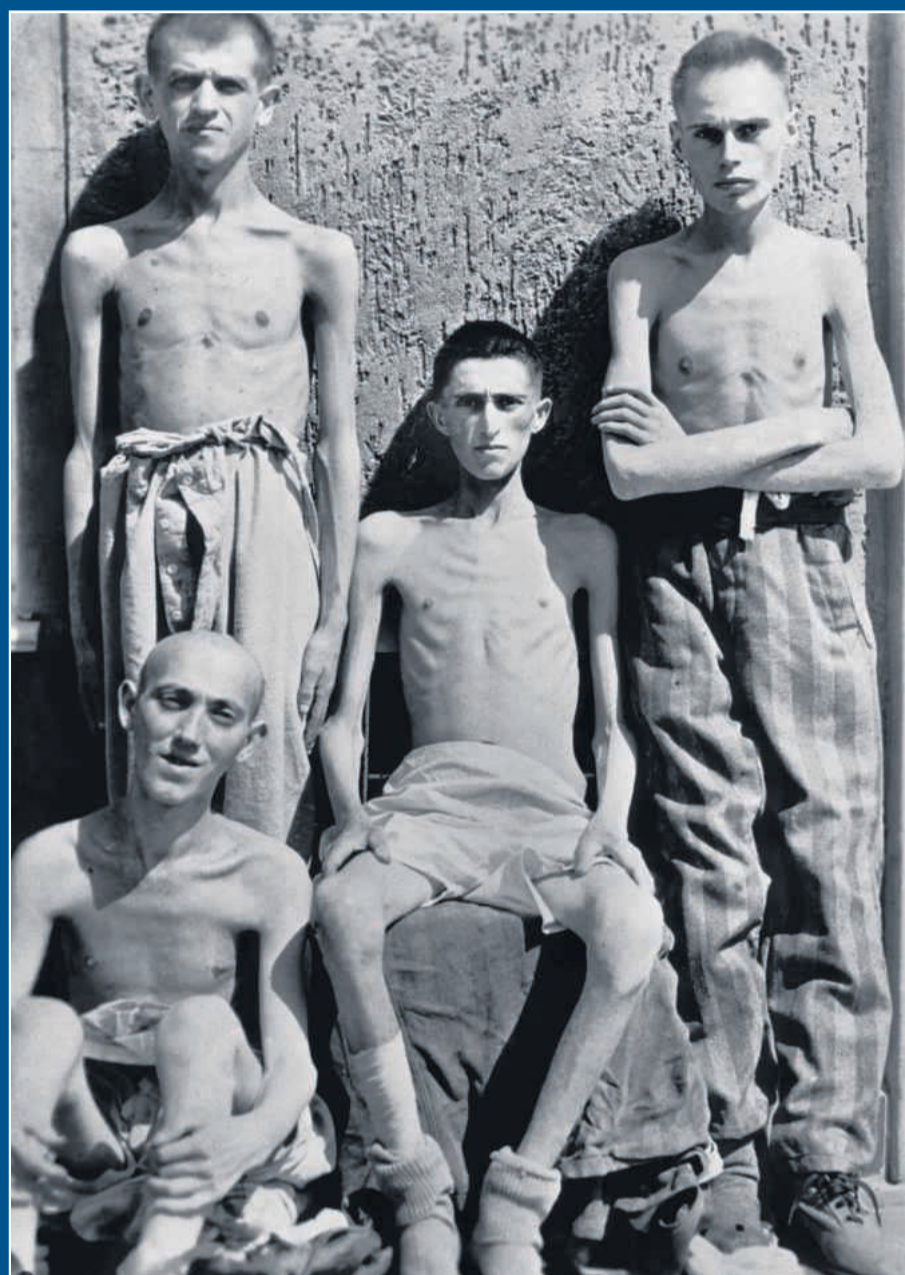
In seinem jüngsten Urlaub reiste das Gespenst des Kommunismus nach Deutschland, um sich von der heiligen Hetzjagd zu erholen, zu der sich der Papst und der Zar, Metternich und Guizot, französische Radikale und deutsche Polizisten verbündet haben. Letztere hatten nämlich alle Hände voll zu tun mit Pegida und Antipegida. Auf seiner Wanderung durch Deutschland kam das Gespenst des Kommunismus zu einem riesigen Feld voller Windräder. Am Fuße eines dieser Ungetüme saß der Erzengel Gabriel und wackelte vor Freude über die vielen Flügel vergnügt mit den eigenen. Als Gabriel das Gespenst erblickte, rief er emphatisch: »Das ist die Zukunft, die du immer gewollt hast! Diese Räder erzeugen den Odem des Fortschritts. Sie drehen sich Tag und Nacht.« »Aber«, wandte das Gespenst ein, »es ist derzeit völlig windstill.« »Diese Dinger«, krächte der Erzengel, »werden doch alle mit Atomstrom betrieben.« Das, dachte das Gespenst, muss ich unbedingt Metternich und Guizot erzählen. *ibo*

ISSN 0323-3375



Gegen das Vergessen

Erinnerungen an einen Résistancekämpfer und sowjetische Kriegsgefangene



Berlin. Jaques Lusseyran hat als blinder Résistancekämpfer das KZ Buchenwald überlebt – trotz Krankheit, Unterernährung, Kälte. Er hatte mit 17 Jahren eine Widerstandsgruppe gegen die Nazis gegründet. Verrat lieferte ihn der Gestapo aus, er kam schließlich zusammen mit 2000 anderen Franzosen ins KZ Buchenwald. In den Invalidenblock gepfercht, unterstützte er weiter den Widerstand – in einer Gruppe, die Informationen über den Frontverlauf sammelte. 1945 kam für Lusseyran und andere Überlebende (Foto) die ersehnte Befreiung. Doch als er 1971 bei einem Verkehrsunfall in der Nähe von Nantes starb, war der Schriftsteller in Frankreich vergessen. Dass nun ein Buch an ihn erinnert, ist ein Glücksfall – einer, der nicht jedem der vielen Opfer des NS-Terrors widerfährt, die auch im Jahr der großen Erinnerung an den 70. Jahrestag der Befreiung immer noch dem Vergessen anheimgestellt sind.

So wie die sowjetischen Kriegsgefangenen, von denen auch in Buchenwald Tausende interniert waren. Die ersten wurden im Oktober 1941 in das KZ gezwungen. Von den rund 5,7 Millionen Angehörigen der Roten Armee, die im Zweiten Weltkrieg laut Schätzungen in Gefangenschaft gerieten, kamen etwa 3,3 Millionen ums Leben – erschossen, verhungert, erschlagen.

Etwa 2000 der Überlebenden könnten heute noch – viel zu spät! – Wiedergutmachung erfahren. Doch die deutsche Politik ist dazu bisher nicht bereit. Zwar haben Grüne und Linksfraction im Bundestag Anträge auf Entschädigung und Rehabilitation gestellt. Doch im offiziellen Gedenken spielen die sowjetischen Kriegsgefangenen weiterhin nur eine untergeordnete Rolle. *tos* **Seiten 3 und 10**

Foto: akg

Varoufakis fordert einen New Deal

Finanzminister legt neue Vorschläge vor und schließt Referendum nicht aus – was für Empörung sorgt

Am Montag berät die Eurogruppe erneut über Griechenland. Athen hat neue Vorschläge gemacht – doch die europäischen Kreditgeber haben es bei den Zahlungen nicht eilig.

Von Vincent Körner

Was die SYRIZA-geführte Regierung vorschlägt, ist nun abermals konkretisiert worden – in einem elfseitigen Schreiben an die Eurogruppe. Darin enthalten sind Details für jene Maßnahmen, die den europäischen Gläubigern vorgelegt werden mussten, damit eine Verlängerung des laufenden Kreditprogramms um vier Monate möglich wird. Finanzminister Yanis Varoufakis will mehr finanziellen Spielraum für Athen gewinnen und die zugesagten Reformen etwa gegen Korruption und Steuerbetrug vorantreiben. Auch sind konkrete Pläne für erste Schritte zur Bewältigung der humanitären Krise aufgelistet – es geht etwa um Ernährungs- und Strombeihilfen, die Kosten setzte Varoufakis für die ersten neun Monate mit rund 200 Millionen Euro an.

Doch Griechenland geht das ohnehin knappe Geld aus, allein im März müssen Verpflichtungen im Umfang von gut 6,85 Milliarden

Euro erfüllt werden. Den Teufelskreis aus Krediten, die inzwischen nur noch die Bedienung von anderen Krediten garantieren sollen und zugleich mit neoliberalen Auflagen verknüpft sind, will Varoufakis endlich verlassen. Man wolle stattdessen ein Programm, »das Griechenland die Möglichkeit zurückgibt, wieder zu wachsen und die humanitäre Krise zu beenden«, sagte Varoufakis. Wenn es auf diesem Weg für die SYRIZA-geführte Regierung keinerlei Fortschritte gebe, »könnte es Probleme geben«. Möglich seien dann Neuwahlen in Griechenland oder ein Referendum. »Wir kleben nicht an unseren Stühlen.« Internetportale titelten umgehend: »Varoufakis droht im Schuldenstreit mit Referendum«. Die Deutsche Presse-Agentur meldete, der Finanzminister habe über »ein Referendum über den Euro« gesprochen, was augenscheinlich nicht stimmte. Es sei um die Möglichkeit einer Abstimmung über den Inhalt von Reformen und Finanzpolitik gegangen, hieß es aus seinem Umfeld.

Am Montag wird es in Brüssel erst einmal um die neuen Reformpläne aus Athen gehen – Brüssel hat sich bereits skeptisch gezeigt. Auch angebliche Zahlungsprobleme in Griechenland

werden ein Thema sein. Varoufakis sagte dazu, »dass wir das Geld haben, um die Renten und die Löhne der Angestellten im öffentlichen Dienst zu zahlen. Für den Rest werden wir sehen«. Dass Athen ein neues, drittes Kreditprogramm akzeptieren werde, schloss er mit Blick auf die damit einhergehenden Kürzungsaufgaben und Regulierungsbedingungen aus. »Wir werden nicht zu dem Mechanismus zurückkehren, Kredite zu be-

»Wir kleben nicht an unseren Stühlen.«

Yanis Varoufakis

kommen im Gegenzug für ein Programm, das wir respektieren müssen.«

Zuvor waren Überlegungen bei der Europäischen Zentralbank auf Ablehnung gestoßen, mittels der Ausgabe kurzfristiger Anleihen für Liquidität zu sorgen. Vor Ende April kann Athen nicht mit neuen Kredittranchen rechnen, da sich die europäischen Gläubiger sperren. »Wir sind noch einen weiten Weg davon entfernt«, sagte ein EU-Verantwortlicher. Für mögliche Vorabzahlungen gebe es keine

Grundlage, hieß es in Berlin. Eurogruppenchef Dijsselbloem hatte zuvor allerdings erklärt, würden Maßnahmen schneller umgesetzt, könne es auch schneller Kreditzahlungen geben.

Derweil hat EU-Kommissionschef Jean-Claude Juncker einen Euro-Austritt Griechenlands kategorisch ausgeschlossen. Zugleich wies er auf die dramatische soziale Lage in dem Land hin. »Wir müssen aufpassen, dass sich die Verhältnisse in Griechenland nicht noch verschlimmern«, so Juncker – der zugleich mittelfristig Änderungen bei den Verhandlungen zwischen Athen und den Kreditgebern in Aussicht stellte. Diese Verhandlungen müssten »politisch« werden. »Es ist nicht hinnehmbar, dass ein Premierminister mit Beamten über Reformen verhandeln muss. Der eine ist gewählt, der andere nicht.«

Unterdessen hat die Regierung in Griechenland in der Frage der Sanktionen gegen Russland die EU-Partner aufgefordert, Verhandlungen über die dadurch entstehenden wirtschaftlichen Verluste aufzunehmen. Außenminister Nikos Kotzias wies zugleich Berichte zurück, dass Athen mit einem Veto gegen die Verlängerung der Sanktionen drohe. *mit Agenturen*

Mordfall Nemzow: Fünf Festnahmen und ein Geständnis

Russische Ermittler verfolgen nach dem Attentat kaukasische Spur

Moskau. Gut eine Woche nach der Ermordung von Kremlkritiker Boris Nemzow hat einer der Verdächtigen nach russischen Justizangaben eine Tatbeteiligung gestanden. Der Tschetschene Saur Dadajew habe ein »Geständnis« unterzeichnet, sagte die Vorsitzende Richterin Natalja Muschnikowa am Sonntag nach einer Gerichtsanhörung in Moskau. Er und ein weiterer Tschetschene wurden wegen Mordes angeklagt und müssen in Untersuchungshaft bleiben, insgesamt wurden in dem Fall fünf Verdächtige festgenommen. Dadajew und Anzor Gubatschew waren am Samstag in der tschetschenischen Nachbarrepublik Inguschetien festgenommen worden. Dadajew war laut Medienberichten früher stellvertretender Chef einer tschetschenischen Polizeieinheit. Seine Beteiligung sei durch sein Geständnis »bestätigt«, sagte Richterin Muschnikowa.

Der mit Dadajew festgenommene Gubatschew soll für einen privaten Sicherheitsdienst in Moskau gearbeitet haben. Er erklärte sich für unschuldig, wurde ebenso wie Dadajew wegen Mordes angeklagt. Auch Gubatschews Bruder und zwei weitere Männer wurden festgenommen und stehen unter Verdacht, sie wurden aber zunächst nicht angeklagt. »Es gibt Beweise für ihre Beteiligung«, sagte dessen ungeachtet ein Vertreter der Staatsanwaltschaft. Inguschetien liegt neben Tschetschenien. In der Nordkaukasus-Region bekämpft die russische Regierung seit Jahren einen islamistischen Aufstand.

Der 55-jährige Nemzow war am Abend des 27. Februar auf einer Brücke vor dem Kreml erschossen worden. *Agenturen/nd* **Seite 7**

Bundeswehr übt mit mehr als 5200 Soldaten im Osten

EU-Kommissionschef Juncker will europäische Armee gegen Russland

Berlin. Rund 5200 Heeresoldaten – so viele wie noch nie – will die Bundeswehr in diesem Jahr zu Übungen und anderen Ausbildungsmaßnahmen in osteuropäische NATO-Mitgliedsstaaten schicken. Deutschland verstärkte so die militärische Zusammenarbeit mit Polen, Ungarn und den Baltischen Staaten, die sich zunehmend von Russland bedroht fühlen, meinte Heeresinspekteur Bruno Kasdorf in einem Interview mit der Nachrichtenagentur Reuters. Hinzu kommen Soldaten der Marine und der Luftwaffe.

Deutschland unterstellt demnächst einen ganzen Verband den Streitkräften Polens. Im Gegenzug übernehme eine deutsche Brigade das Kommando über ein polnisches Bataillon. Das Modell orientiert sich an einer seit Mitte 2014 bestehenden Kooperation zwischen dem deutschen und dem niederländischen Heer. Dabei bleiben die Truppen im jeweils eigenen Land stationiert.

Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) und ihr polnischer Kollege Tomasz Siemoniak hatten erst Ende Oktober in Berlin eine enge Kooperation vereinbart. Die Ministerin reist nun nach Warschau, um ihre Pläne vor der polnischen Militärführung zu unterbreiten. In ihrem Hause visiert man offenbar auch intensivere Verbindungen zu Norwegen und Dänemark an.

EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker forderte in der »Welt am Sonntag« unterdessen die Gründung einer gemeinsamen europäischen Armee. Damit könnte Europa glaubwürdig auf eine Bedrohung des Friedens in einem Mitglieds- oder einem Nachbarland der Europäischen Union (EU) reagieren. *hei* **Kommentar Seite 4**